

Protokoll

über die öffentliche Sitzung

des Bürgerforums Stadtteil Atter (14)

am Mittwoch, 18. September 2013
Ort: Treffpunkt Atterkirche, Karl-Barth-Straße 10

Dauer: 19.30 Uhr bis 21.10 Uhr

Teilnehmer/-innen

Sitzungsleitung: Herr Thöle, Ratsvorsitzender

von der Verwaltung: Herr Stadtrat Fillep, Finanzvorstand
Herr Raue, Leiter Osnabrücker ServiceBetrieb

Protokollführung: Frau Hoffmann und Herr Goedecke, Büro für Ratsangelegenheiten

Tagesordnung

TOP Betreff

- 1 Bericht aus der letzten Sitzung
- 2 Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte
 - a) Abschaffung der Bürgerforen aus Kostengründen
 - b) Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht für die Wersener Landstraße
 - c) Sanierung der Straße Eikesberg
 - d) Schäferweg: Rückschnitt der Straßenbäume an der rechten Straßenseite
 - e) Hubschrauberflüge über den Ortskern Atter am Mittwoch, 3. September 2013
 - f) Atter Ortskern: verkehrsgefährdendes Parken zwischen den Bäumen an der Leyer Straße während der Spiele der „Tigers“
 - g) Sachstandsbericht der Verkehrszählung an der Straße Gut Leye
 - h) Ergebnis der Geschwindigkeitsmessung an der Birkenallee (Atterfeld, zwischen ‚Wellmann‘ und Verschwenkung hinter Holtkämpers Weg) / Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30 km/h für dieses Teilstück
 - i) Sanierung der Straße Kuhlbreite
 - j) Bewuchs mit Riesenbärenklau auf der Ausgleichsfläche zwischen Attersee und Kuhlbreite
 - k) Endgültige Herrichtung der provisorischen Straßen nach den Rohrverlegungsarbeiten 2010/2011 in Atter (Sachstandsbericht)
 - l) Sachstand Kreisel Leyer Straße - Wersener Landstraße - Landwehrstraße
 - m) Sichtbehinderung Düteweg/Einmündung Birkenallee (Rückschnitt des Grüns)
 - n) Ausbau des Hoch- und Höchstspannungsnetzes - 380 kV - im Stadtgebiet von Os-nabrück
- 3 Stadtentwicklung im Dialog
- 4 Anregungen und Wünsche (aus der Sitzung)
 - a) Durchgängigkeit des Weges Storkesbreite
 - b) Ausbringen von Gülle
 - c) Containerplatz Birkenallee
 - d) Verkehrskonzept Rubbenbruchsee
 - e) Zuwegung zum Kinderspielplatz Atter-Ortskern
 - f) Erneuerung der Straßenbeleuchtung

Herr Thöle begrüßt ca. 25 Bürgerinnen und Bürger und stellt die Verwaltungsvertreter vor.

1. Bericht aus der letzten Sitzung (TOP 1)

Herr Thöle verliest den Bericht aus der letzten Sitzung am 12.03.2013 mit den Stellungnahmen der Fachdienststellen zu den Anfragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger (siehe Anlage). Der Bericht wurde vor Sitzungsbeginn für die Besucher ausgelegt.

2. Von Bürgern etc. angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 2)

2 a) Abschaffung der Bürgerforen aus Kostengründen

Herr Tormöhlen fordert eine Abschaffung der Bürgerforen aus Kostengründen. Als weitere Begründung gibt er an, dass die Anfragen der Bürger in den Bürgerforen von der Verwaltung überwiegend abgelehnt werden.

Herr Thöle verliest zunächst die Anfrage und nimmt dann zu dieser Stellung. Er weist darauf hin, dass eine ausführliche Stellungnahme der Verwaltung vorliege, diese solle dem Protokoll beigelegt werden*. Er legt dar, dass die Bürgerbeteiligung einen wesentlichen und wichtigen Bestandteil der Demokratie darstellt. Er hebt hervor, dass gerade die Möglichkeit, sich in Entscheidungsprozesse einbringen zu können, einer der großen Vorteile der Demokratie ist. Früher habe es in den im Jahr 1972 eingemeindeten Ortsteilen in den Ortsräten die Möglichkeit gegeben sich zu beteiligen. Im Rahmen der Abschaffung der Ortsräte sei überlegt worden, wie man die Bürger auch weiterhin bei der Entwicklung der Ortsteile und der Stadt als Ganzem beteiligen könne. Überparteilich sei die Einrichtung der Bürgerforen beschlossen worden. Er erklärt, dass es für die Demokratie wichtig sei, dass derartige Angebote der Bürgerbeteiligung von der Bürgerschaft aktiv wahrgenommen würden.

Der in der Anfrage geäußerten Behauptung, dass die Anfragen der Bürger überwiegend abgelehnt würden, widerspricht er nachdrücklich. Er erläutert, dass die Umsetzung einiger Anfragen nicht möglich sei. Dies sei darin begründet, dass die Umsetzung einiger Anfragen teilweise aus rechtlichen, sachlichen oder finanziellen Gründen nicht möglich sei. Hinzu komme, dass in vielen Fällen Entscheidungen in den Ortsteilen, die von einzelnen Bürgern oder Gruppen gewünscht würden, unter Umständen Auswirkungen auf andere Bürger oder Ortsteile hätten. All dies müsse im Rahmen einer Ermessensentscheidung abgewogen werden. Er betont allerdings, dass viele Vorschläge umgesetzt würden und Anfragen, die nicht umgesetzt werden könnten, vorher innerhalb der Verwaltung und der Politik sorgfältig abgewogen worden seien. Im Falle einer Ablehnung einer Anfrage werde dies möglichst nachvollziehbar dargestellt. Er hebt abschließend hervor, dass er die Bürgerforen als Mittel der Bürgerbeteiligung ausdrücklich begrüße und sagt, dass er sich über die rege Teilnahme an der heutigen Sitzung freue.

Herr Fillep erläutert anschließend die Struktur der für die Bürgerforen anfallenden Kosten. Demnach fallen für die Durchführung der Bürgerforen keine großen Kosten an. Das für die Bürgerforen eingesetzte Personal ist fest bei der Stadt oder den Stadtwerken beschäftigt oder im Falle der teilnehmenden Ratsmitglieder ehrenamtlich tätig. Es fallen also keine zusätzlichen Personalkosten an, weil das entsprechende Personal sowieso vorhanden ist. Ansonsten fallen Druck- und Kopierkosten in eher geringer Höhe an.

Ein Bürger fragt, warum die Ortsräte seinerzeit abgeschafft worden seien.

Herr Thöle legt dar, dass die Ortsteile, die schon vor dem Jahr 1972 zum Stadtgebiet gehört hätten, benachteiligt gewesen seien, weil es in diesen zeitweise keine entsprechende Form der Bürgerbeteiligung gegeben habe. Deshalb sei für diese Ortsteile die Einrichtung von

Bürgerforen beschlossen worden. Um eine einheitliche Regelung für das gesamte Stadtgebiet zu erhalten, seien dann letztendlich auch die Ortsräte in den 1972 eingemeindeten Ortsteilen durch einen Mehrheitsbeschluss des Rates durch Bürgerforen ersetzt worden.

* Schriftliche Stellungnahme der Verwaltung:

Bei den Bürgerforen handelt es sich um eine freiwillige Einrichtung der Stadt Osnabrück zur Bürgerbeteiligung.

Die Einrichtung der flächendeckenden Bürgerforen ab dem Jahr 2007 für das Stadtgebiet von Osnabrück erfolgte durch Beschluss des Rates am 05.11.2005. Zum Ende der Legislaturperiode Oktober 2006 wurden die Ortsräte abgeschafft, die es in 7 der insgesamt 23 Stadtteile von Osnabrück gab, u. a. für den Stadtteil Atter.

Für die Abschaffung der Bürgerforen wäre ein Beschluss des Rates erforderlich.

Gemäß der ‚Geschäftsordnung für die Bürgerforen in Osnabrück‘ haben die Bürgerforen folgende Intention:

- *Es wird Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, intensiv die Entwicklung ihres Stadtteils zu begleiten und gemeinsam mit Ratsmitgliedern und Vertretern der Verwaltung über einzelne Planungen sowie sonstige stadtteilbezogene Themen zu diskutieren.*
- *Interessen, Wünsche und Anregungen können in diesem Rahmen vorgetragen werden.*
- *Rat und Verwaltung informieren über Vorhaben der Stadt in den jeweiligen Stadtteilen.*

Dass die von Bürgern eingebrachten Tagesordnungspunkte so gut wie immer abgelehnt werden, kann nicht bestätigt werden. Ablehnungen und Zustimmungen halten sich in etwa die Waage.

Für eine Ablehnung oder eine Verschiebung der Umsetzung kann es unterschiedliche Gründe geben:

- *der Vorteil eines Einzelnen (des Antragstellers) führt zu Nachteilen bei Anderen (z. B. Durchfahrtsperre in einer Straße),*
- *die gesetzlichen Vorgaben lassen es nicht zu (z. B. Vorschriften bei der Ermittlung von Lärmimmissionen),*
- *eine Abwägung hat ergeben, dass ähnliche Projekte in anderen Stadtteilen dringender zu erledigen sind (z. B. Sanierung Sporthallen),*
- *die Haushaltsmittel sind begrenzt, insbesondere bei freiwilligen Leistungen (z. B. Flächenankauf für den Ausbau von Wanderwegen),*
- *die personellen Ressourcen sind begrenzt (z. B. Geschwindigkeitskontrollen, Einsatz des OS Teams).*

Bei den Kosten für die Bürgerforen handelt es sich in erster Linie um Personalkosten: Sitzungsleitung, ggf. Vorstände als Vertretung, Organisation der Bürgerforen durch das Büro für Ratsangelegenheiten, Teilnahme der Verwaltungsmitarbeiter an der Sitzung, Bearbeitung der angemeldeten Tagesordnungspunkte sowie der Anfragen aus den Sitzungen durch die jeweiligen Dienststellen/Eigenbetriebe/Gesellschaften (z. B. Stadtwerke), ggf. mit Durchführung von Ortsterminen (z. B. Verkehrsbesprechungen).

Weiterhin entstehen Sachkosten in geringem Umfang (Druckkosten, Verteilung/Versand von Plakaten, Nutzungspauschalen für einige wenige Sitzungsräume), da für die Öffentlichkeitsarbeit auch Internet, Mailversand u. ä. genutzt werden.

Bei Wegfall der Bürgerforen würden die Ausgaben für diese Sachkosten eingespart. Eine Einsparung der Ausgaben für Personalkosten wäre nur durch die Kündigung von Personal möglich.

Die Verwaltung ist immer wieder bestrebt, die Arbeit der Bürgerforen zu optimieren:

- Im Jahr 2008 erfolgte eine Evaluierung der Arbeit der Bürgerforen im Hinblick auf organisatorische und verfahrenstechnische Arbeitsabläufe.
Durch Ratsbeschluss vom 06.07.2008 wurde festgestellt: „Die Arbeit der Bürgerforen wird generell als ein Mittel der Bürgerbeteiligung in Osnabrück positiv beurteilt.“
- Im Februar 2010 wurde im Rahmen der Haushaltskonsolidierung der Verwaltung ein Prüfauftrag zur Einsparung durch Reduzierung der Bürgerforen bzw. Zusammenlegung von Standorten erteilt.
Durch Ratsbeschluss vom 28.09.2010 wurde festgestellt: „Die Struktur der Osnabrücker Bürgerforen bleibt unverändert.“

2 b) Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht für die Wersener Landstraße

Herr Hunsche fordert eine Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht für die Wersener Landstraße. Er verweist auf das Protokoll der Sitzung des Bürgerforums Atter am 01.03.2012, in dem dies in Aussicht gestellt wurde. Ziel der Aufhebung ist es, eine sichere und fahrradfreundliche Nutzung der Wersener Landstraße zu ermöglichen.

Herr Fillep verliest zunächst die Anfrage und erläutert dann die Stellungnahme der Verwaltung. Demnach sei kurzfristig nicht mehr nachzuvollziehen gewesen, warum die Aufhebung der Radwegebenutzungspflicht an der Wersener Landstraße bislang nicht veranlasst worden sei. Er erklärt, dass die Verkehrslenkung die aktuelle Anfrage zum Anlass nehme, die Notwendigkeit der Radwegebenutzungspflicht an dieser Stelle zu prüfen und falls dies sicherheitstechnisch möglich sei, die Verkehrsschilder, durch welche die Benutzungspflicht geregelt wird, entfernen zu lassen.

Herr Hunsche erklärt auf Nachfrage von Herrn Thöle, dass er mit dieser Regelung einverstanden ist.

2 c) Sanierung der Straße Eikesberg

Herr Groth sowie das Bürgerforum für Umwelt und Soziales Atter e. V. berichten von Straßenschäden im vorderen Bereich der Straße Eikesberg und bitten um eine Ausbesserung der Abbrüche. Außerdem wird darauf hingewiesen, dass die zur Sicherung der Gefahrenstelle aufgestellten Warnbaken die Sicht der Verkehrsteilnehmer einschränken und so gefährliche Situationen verursachen.

Herr Raue erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Er berichtet, dass er sich die Stelle persönlich angesehen habe und die Bauarbeiten dort bereits begonnen worden seien. Er legt dar, dass der für eine derartige Baumaßnahme erforderliche Zeitbedarf unter anderem auch damit im Zusammenhang stehe, ob auch Leitungen unter oder an der Straße betroffen seien. Dann seien nämlich auch die Stadtwerke involviert. Zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Bauträgern gibt ein Baustellenmanagement zur Koordination der Bauvorhaben. Bei diesem kann man sich auch über Baumaßnahmen informieren.¹ Er berichtet, dass die Bauarbeiten voraussichtlich bis zum 18. Oktober abgeschlossen sein werden.

Ein Bürger bemängelt, dass die Schäden mittlerweile schon seit acht Monaten bestehen und auch die Warnbaken schon seit Jahresbeginn dort stehen.

Ein weiterer Bürger äußert die Ansicht, dass die Straße ungefähr um einen Meter breiter gemacht wird als vorher.

¹ Anmerkung zum Protokoll: Weitere Informationen (Verkehrsbehinderung durch Baustellen / Anliegerbeteiligung Straßenbau) können unter folgendem Link abgerufen werden:

www.osnabrück.de/baustellen

Herr Raue berichtet, dass im Rahmen der Sanierung das Bankett der Straße abgesenkt wird und die jetzt zu sehende Schicht den Seitenrand der Straße darstellt. Dieser wird nach Beendigung der Sanierungsarbeiten wieder mit Grün überwachsen. Es werde also keine Verbreiterung der Straße vorgenommen.

Ein Bürger erkundigt sich, ob zur Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzung in diesem Bereich eine weitere Aufpflasterung auf der Straße vorgesehen sei. Er würde dem eher andere bauliche Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung vorziehen.

Eine Bürgerin sagt, dass die Verkehrsberuhigung ein wichtiger Punkt sei. Allerdings müsse darauf geachtet werden, dass der landwirtschaftliche Verkehr durch diese Maßnahmen nicht zu sehr beeinträchtigt werde. Sie weist darauf hin, dass an der Straße Eikesberg mehrere landwirtschaftlich genutzte Flächen liegen, welche für die Landwirte auch weiterhin problemlos erreichbar sein müssten.

Herr Thöle weist in diesem Zusammenhang auf einen Bericht in der Neuen Osnabrücker Zeitung vom 14.09.2013 hin, in dem zu verschiedenen Baumaßnahmen im Stadtgebiet informiert wurde. Er begrüßt diese Informationsmöglichkeit für die Bürger.

2 d) Schäferweg: Rückschnitt der Straßenbäume an der rechten Straßenseite

Herr Groth weist auf tief hängende Äste der Bäume am Schäferweg hin. Durch die Müllabfuhr und andere LKWs werden teilweise Äste abgebrochen, die dann auf der Straße liegen bleiben.

Herr Raue legt hierzu dar, dass der Osnabrücker ServiceBetrieb im Stadtgebiet ungefähr 20.000 Straßenbäume unterhält. Mit Unterhaltung sei in diesem Zusammenhang gemeint, dass dem OSB die Verkehrssicherungspflicht für die Bäume obliege. Deshalb würden auch mindestens einmal im Jahr alle Baumstandorte überprüft. Er berichtet, dass es aufgrund der Klimaveränderung und auch aufgrund von verstärktem Parasitenbefall eine zunehmende Anzahl von kranken Bäumen gebe. Dies sei auch auf einer Fachtagung, der Gartenamtsleiterkonferenz in Hannover, auf der er letztes anwesend gewesen sei, eines der wichtigsten Themen gewesen und sei stark diskutiert worden. Aufgrund der zunehmenden Anzahl von kranken Bäumen sei der OSB dankbar für Hinweise auf Standorte, an denen man tätig werden müsse.

Ein Bürger berichtet, dass er selbst schon gefährliche Situationen erlebt habe, bei denen Äste auf die Straße gefallen seien oder dicht davor gewesen seien. Diese Gefahr sei im Winter noch größer, weil dann aufgrund des Schnees die Äste der Bäume noch tiefer hängen würden.

Herr Raue legt nochmals dar, dass alle Standorte nur etwa einmal im Jahr überprüft werden können. Für weitere Kontrollen reiche die zur Verfügung stehende Personaldecke nicht aus. Insgesamt verfüge der OSB über drei Kolonnen zum Rückschnitt der Bäume. Er ermuntert deshalb die Bürger dazu, dem OSB Standorte zu melden, bei denen ein Rückschnitt der Äste erforderlich ist.

Ein Bürger erkundigt sich, ob an der fraglichen Stelle am Schäferweg jetzt seitens des OSB etwas unternommen werde.

Herr Raue bestätigt, dass kurzfristig das Lichtraumprofil der Bäume im Schäferweg überprüft und notwendige Schnittmaßnahmen durchgeführt werden.

2 e) Hubschrauberflüge über den Ortskern Atter am Mittwoch, 3. September 2013

Herr Groth fragt, warum am 03.09.2013 zahlreiche Hubschrauber über den Ortskern Atter geflogen sind.

Herr Fillep verliest zunächst die Anfrage von Herrn Groth und teilt mit, dass es sich um eine Werbemittelmesse für gewerbliche Besucher gehandelt hat, die am Mittwoch, 3. September 2013, auf dem Flugplatz Osnabrück-Atter stattfand. Dabei konnten 75 Helikopter-Rundflüge über das Stadtgebiet gewonnen werden. Nach Auskunft der zuständigen Behörde für den Verkehrslandeplatz Atterheide (Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr - Luftfahrtbehörde in Oldenburg) ist eine solche Veranstaltung genehmigungsfrei, da der Verkehrslandeplatz für Helikopter zugelassen ist.

Ein Bürger meldet sich hierzu zu Wort. Er berichtet, dass die besagten Hubschrauber sehr tief geflogen und sehr laut gewesen seien. Er sagt, dass er gerne vorher über eine derartige Aktion informiert worden wäre. Er hätte sich einen Hinweis auf die Aktion in der Zeitung gewünscht.

Herr Fillep legt dar, dass Hubschrauber seiner Kenntnis nach bestimmte Mindestflughöhen einzuhalten haben und diese nicht unterschreiten dürfen.

Herr Thöle regt an, diese Punkte zu überprüfen. Auch einen Hinweis in der Zeitung vor einer solchen Aktion hält er für sinnvoll.

Herr Fillep regt an, den Fachbereich Bürger und Ordnung über den Sachverhalt zu informieren, damit dieser die Sachlage prüfen kann. Er weist darauf hin, dass die Stadt im Besitz eines Schall- und eines Abstandsmessgerätes ist und mithilfe dieser Geräte im Falle eines möglicherweise zukünftig stattfindenden Ereignisses überprüfen könne, ob die entsprechenden Grenzwerte (insbesondere der Mindestabstand) eingehalten werden.

2 f) Atter Ortskern: verkehrsgefährdendes Parken zwischen den Bäumen an der Leyer Straße während der Spiele der „Tigers“

Herr Groth weist auf zwischen den Bäumen an der Leyer Straße parkende Autos im Ortskern von Atter während der Spiele der „Tigers“ (American Football) hin, durch welche eine Verkehrsgefährdung entsteht.

Herr Fillep verliest zunächst die Stellungnahme der Verwaltung: Die geschilderte Situation war dem Fachbereich Bürger und Ordnung bislang nicht bekannt. Der Fachbereich wird die Parksituation vor Ort überprüfen und festgestellte Parkverstöße entsprechend verfolgen.

Ein Bürger berichtet, dass es bei den Spielen der „Tigers“ regelmäßig zu chaotischen Parksituationen komme. So parken die Autos an manchen Stellen halb im Graben, während sie an anderen Stellen halb auf der Fahrbahn stehen und so den Verkehr und insbesondere die Durchfahrt von Bussen behindern. Außerdem werde teilweise sogar in den Bushaltezonen geparkt.

Herr Thöle und Herr Fillep regen an, die Parksituation durch die Polizei prüfen zu lassen.

Ein Bürger empfiehlt, auch den Sportverein zu informieren. Dieser könnte durch die Ausweisung von vorhandenen Parkflächen zu einer Verbesserung der Parksituation beitragen. Die fraglichen Parkflächen befinden sich nur 300 Meter weiter entfernt an der Straße am Bramkamp.

Herr Fillep berichtet, dass die „Tigers“ seiner Kenntnis nach derzeit regelmäßig am Limberg trainieren.

Ein Bürger erklärt hierzu, dass die Spiele auch weiterhin in Atter stattfinden. Er erkundigt sich, wem der Sportplatz gehört, der von dem Verein genutzt wird und ob die „Tigers“ unter Umständen demnächst am Limberg spielen werden.

Eine Bürgerin berichtet hierzu, dass der Sportplatz im Besitz der Stadt Osnabrück und auf längere Zeit von dem Sportverein Atter angemietet worden sei. Sie empfiehlt, sich in dieser Angelegenheit direkt an den Verein zu wenden.

Herr Fillep gibt zu bedenken, dass durch den Aufstieg der „Tigers“ in die 2. Bundesliga zukünftig wohl eher noch mehr Zuschauer zu den Spielen der Tigers zu erwarten sein dürften.

Ein Bürger sagt, dass neben der chaotischen Parksituation auch der bei den Spielen verursachte Lärm störend sei. Dieser dauere über mehrere Stunden an.

Herr Thöle mahnt hier Nachsicht an, da der Lärm immer nur zeitlich begrenzt auftritt.

2 g) Sachstandsbericht der Verkehrszählung an der Straße Gut Leye

Das Bürgerforum für Umwelt und Soziales Atter e.V. erkundigt sich nach den Ergebnissen der vorgesehenen Geschwindigkeitsmessungen und Verkehrszählungen an der Straße Gut Leye. Diese seien in der letzten Sitzung des Bürgerforums Atter zugesagt worden.

Herr Fillep legt dar, dass aufgrund eines längeren technischen Defektes des Messgerätes die vorgesehenen Zählungen bislang noch nicht durchgeführt werden konnten. Diese sollen nun aber bald durchgeführt werden. Die Ergebnisse sollen dann in der nächsten Sitzung des Bürgerforums vorgestellt werden.

Eine Bürgerin weist daraufhin, dass das fragliche Messgerät zurzeit an der Straße an der Kuhlbreite im Einsatz ist. Sie bittet darum, dass Messgerät stattdessen an der Straße Gut Leye einzusetzen, weil hier durch die derzeitige vorliegende Verkehrssituation Menschen gefährdet seien.

Herr Thöle erklärt, dass dieser Hinweis weitergegeben werde.

Ein Bürger fragt, warum erst auf die Ergebnisse einer Verkehrszählung gewartet werden müsse. Er erklärt, dass derzeit viel zu viele Autos diese Straße als Schleichweg nutzen, deshalb sei eine Messung überflüssig, weil die Situation bekannt sei.

Herr Thöle legt dar, dass die Verwaltung verlässliche Daten für eine objektive Gefahreinschätzung benötigt, um die dort vorliegende Situation mit anderen Standorten vergleichen zu können. Er erklärt, dass die Verwaltung die Daten benötigt, bevor Entscheidungen über den Einsatz von verkehrsbaulichen Maßnahmen getroffen werden können. Wenn diese Daten vorlägen, könne in einem nächsten Schritt überlegt werden, welche Maßnahmen zur Verbesserung der vorliegenden Situation am besten geeignet seien.

Ein Bürger äußert die Ansicht, dass man auch direkt Poller an den Eingang der Straße stellen könne. Dadurch würde die vorliegende Situation schnell und einfach gelöst werden.

Herr Thöle betont, dass die Situation zunächst seitens der Verwaltung bewertet werden müsse. So seien unter anderem eine rechtliche Bewertung und eine Abwägung erforderlich, ob Dritte durch den Einsatz von Maßnahmen betroffen sein könnten. Er erklärt, dass die in der Sitzung geäußerten Hinweise an den Fachdienst Verkehrsplanung weitergegeben werden und möglichst auch im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt behandelt werden sollen. Wenn möglich, könne auch ein Ortstermin vereinbart werden. Er betont, dass dann konkret überlegt werden solle, was man zur Lösung der Problematik machen könne.

Ein Bürger sagt, dass die Straße sich im Besitz der Stadt befinde. Bei der Entscheidung, ob und welche Maßnahmen ergriffen werden, handele es sich um eine Ermessensentscheidung, in welcher die Interessen von allen, die von der Entscheidung betroffen sein könnten, untereinander abgewogen würden. Er bekräftigt seine Ansicht, dass hier keine Benachteiligung für irgendjemanden ersichtlich sei. Deshalb hinterfragt er die Notwendigkeit einer weiteren Abwägung.

Eine Bürgerin berichtet, dass an der Offenbachstraße am Westerberg ebenfalls eine ähnliche Situation vorgelegen habe. Dort seien Poller zur Beruhigung der Verkehrssituation eingesetzt worden. Diese Maßnahme habe zu einer Verhinderung des Schleichverkehrs und einer Beruhigung der Situation geführt.

Eine Bürgerin legt dar, dass die Durchfahrt der Straße grundsätzlich verboten und das Befahren nur durch Anlieger erlaubt sei. Die Verkehrszählungen in diesem Bereich sollten ursprünglich auch dazu dienen abzuschätzen, ob im Bereich der Straße regelmäßige Kontrollen seitens der Polizei erforderlich seien.

Herr Thöle erklärt, dass Verkehrskontrollen durch die Polizei keine dauerhafte Lösung darstellen, sondern nur einen temporär begrenzten Effekt haben.

Herr Fillep sagt, dass die in der Sitzung geäußerten Bedenken weitergegeben werden. Innerhalb der Verwaltung müsse dann überprüft werden, welche Maßnahmen umsetzbar seien und was rechtlich möglich sei.

Eine Bürgerin erkundigt sich, ob im Rahmen der Planungen auch die Anwohner des Hollrüskenweges informiert worden seien. Diese könnten von einer Sperrung der Straße Gut Leye betroffen sein. Der Hollrüskenweg könne sich dann unter Umständen zu einem alternativen Schleichweg entwickeln.

Herr Thöle legt dar, dass gerade derartige Abwägungen vor der Umsetzung von verkehrsplanerischen Maßnahmen wichtig seien. Wenn diese nicht erfolgen würden, wären unter Umständen bald nach der Sperrung der Straße Gut Leye Forderungen der Anwohner des Hollrüskenweges zu erwarten. Die vorschnelle Umsetzung von Maßnahmen ohne eine vorherige gründliche Abwägung würde dann zu weiteren Forderungen führen.

2 h) Ergebnis der Geschwindigkeitsmessung an der Birkenallee (Atterfeld, zwischen Wellmann und Verschwenkung hinter Holtkämpers Weg)/ Geschwindigkeitsbeschränkung auf Tempo 30 km/h für dieses Teilstück

Das Bürgerforum für Umwelt und Soziales Atter e.V. erkundigt sich nach den Ergebnissen der vorgesehenen Geschwindigkeitsmessung an der Birkenallee.

Es wird zudem darauf hingewiesen, dass hier aufgrund des erhöhten Querungsbedarfes der Straße durch Anwohner eine Ausweitung der Beschränkung der Geschwindigkeiten auf 30 km/h nötig ist.

Herr Fillep berichtet, dass auch hier aufgrund des längeren technischen Defektes des Messgerätes bislang keine Zählung durchgeführt werden konnte. Allerdings sei das Gerät mittlerweile repariert und die angesammelten Messaufträge würden derzeit abgearbeitet. Es sei vorgesehen, die Ergebnisse im nächsten Bürgerforum vorzustellen.

Eine Bürgerin erklärt, dass im vorliegenden Fall eigentlich zwei von einander getrennte Anliegen vorliegen. Neben der Forderung nach einer Geschwindigkeitsmessung werde auch die Einrichtung eines Tempo-30-Gebotes in Atterfeld zwischen Wellmann und der Verschwenkung hinter Holtkämpers Weg gefordert. Die fragliche Geschwindigkeitsmessung sollte eigentlich die Grundlage für eine Entscheidung über die Einrichtung des geforderten Tempo-30-Abschnittes bilden. Sie legt dar, dass vor und auch hinter dem fraglichen Teilstück jeweils ein Tempo-30-Abschnitt vorliegt. Gerade der hier angesprochene Bereich werde

stark von Kindern frequentiert, deshalb bittet sie darum einen Lückenschluss zwischen den Tempo-30-Streckenabschnitten vorzunehmen.

Herr Fillep erläutert, dass ihm der Bereich auf dem Hinweg aufgefallen sei. Er nimmt den Hinweis auf und sagt eine Prüfung der Umsetzbarkeit innerhalb der Verwaltung zu.

2 i) Sanierung der Straße Kuhlbreite

Das Bürgerforum für Umwelt und Soziales Atter e.V. fordert eine Sanierung der Straße Kuhlbreite.

Ein Bürger berichtet, dass die Straße Kuhlbreite sanierungsbedürftig ist. Autos, die diesen Zufahrtsweg nutzen, schlagen teilweise fast auf. Er weist darauf hin, dass es sich um eine Straße im Besitz der Stadt handelt und bittet um eine Ausbesserung der Schäden.

Herr Raue erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Demnach wird die Instandsetzung der Straße durch Personal des Bauhofes im Zuge der betrieblichen Straßenunterhaltung ausgeführt. Die Ausführung der Arbeiten soll voraussichtlich bis Ende Oktober erfolgen.

Ein Bürger weist darauf hin, dass die fragliche Straße nicht befestigt ist. Es sei nur erforderlich, die beschädigten Stellen mit Schotter zu füllen und wieder zu verdichten.

2 j) Bewuchs mit Riesenbärenklau auf der Ausgleichsfläche zwischen Attersee und Kuhlbreite

Das Bürgerforum für Umwelt und Soziales Atter e.V. weist auf den Bewuchs von Riesenbärenklau auf der Ausgleichsfläche zwischen Attersee und Kuhlbreite hin und erkundigt sich, welche Maßnahmen die Verwaltung gegen den Bewuchs unternimmt.

Herr Raue erläutert zunächst die Hintergründe zu der in der Anfrage angesprochenen Thematik. Er legt dar, dass es unter anderem aufgrund des Klimawandels und des damit verbundenen Temperaturanstieges, in Deutschland allgemein und somit auch in Osnabrück, vermehrt zur Ausbreitung von sogenannten invasiven Arten komme. Zu diesen zählen neben dem in der Anfrage angesprochenen Riesenbärenklau auch der japanische Knöterich und das Kanadische Springkraut. Neben den invasiven Pflanzen gebe es auch invasive Tierarten, wie beispielsweise den Eichenprozessionsspinner. Das problematische an der Ausbreitung dieser Arten sei zum einen, dass heimische Arten verdrängt würden und zum anderen, dass bei Hautkontakt zum Teil Hautreizungen verursacht würden.

Weiterhin erklärt er, dass die Stadt als untere Naturschutzbehörde durch eine Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes im Jahr 2010 den Auftrag habe, mit geeigneten Maßnahmen die Ausbreitung von invasiven Arten zu vermindern, soweit diese Aussicht auf Erfolg hätten und der Erfolg nicht außer Verhältnis zu dem erforderlichen Aufwand stehe. Der Riesenbärenklau verbreitet sich vorzugsweise an Fließgewässern. Um ein gezieltes und systematisches Vorgehen zu ermöglichen, werden die im Stadtgebiet vorhandenen Pflanzenbestände zunächst digital erfasst. Da eine Bekämpfung mit chemischen Mitteln aus Gründen des Naturschutzes und des Gewässerschutzes in den genannten Bereichen nicht angezeigt ist, ist eine manuelle Bekämpfungsmaßnahme zu wählen. Zur Eindämmung des Bärenklaus hat sich als erfolgreichste und nachhaltigste Maßnahme das Ausgraben der Pflanzen im Frühjahr herausgestellt. Das haben gemeinsam mit dem Unterhaltungsverband Hase-Bever durchgeführte Aktionen am Röhthebach und dem Oberlauf des Sandbaches gezeigt. Diese sehr personalintensive Maßnahme kann leider nicht gleichzeitig an allen Stellen durchgeführt werden, weshalb die untere Naturschutzbehörde sich zunächst schwerpunktmäßig mit den Oberläufen der Fließgewässer und den Abschnitten direkt nach Eintritt ins Stadtgebiet befasst. Hier werden die samenspendenden Mutterpflanzen bekämpft, um die Ausbreitung des Saatgutes zu vermindern.

Vor diesem Hintergrund wurde der Bestand des Riesenbärenklaus auf der dütenahen Fläche in Atter daher bislang nur beobachtet und lediglich sporadisch bekämpft. Ein konzentrierter Einsatz soll jedoch nach Möglichkeit für das Frühjahr 2014 eingeplant werden.

Um einen möglichst genauen Überblick über die im Stadtgebiet vorhandenen Pflanzenbestände zu erhalten, bittet er darum, Hinweise über den Standort entsprechender Pflanzen entweder an den Osnabrücker ServiceBetrieb oder den Fachbereich Umwelt und Klimaschutz weiterzugeben. Dadurch könne der Einsatz zur Verminderung der Ausbreitung dieser Pflanzen besser koordiniert werden. Priorität bei der Bekämpfung hätten in diesem Zusammenhang insbesondere auch Pflanzenbestände in der Nähe von Spielplätzen und von Wohngebieten. Auf freien Flächen hingegen sei eine Bekämpfung aufgrund der begrenzten Personaldecke nur in beschränktem Umfang möglich.

Eine Bürgerin weist darauf hin, dass eine frühzeitige Bekämpfung wichtig sei, um eine Verbreitung der Pflanzen zu weiteren Standorten zu verhindern. Deshalb rät sie dazu, insbesondere an Ufern von Fließgewässern verstärkt gegen die Ausbreitung der Pflanzen vorzugehen, da die Pollen sonst von dort weiterverbreitet werden könnten.

Herr Raue bestätigt diese Problematik. Er erklärt, dass aus diesem Grund insbesondere die Pflanzenbestände an den Oberläufen der Fließgewässer bekämpft würden. Er betont nochmals, dass eine Bekämpfung an allen Standorten nicht möglich sei und wiederholt nochmals die Bitte, Standorte von invasiven Pflanzen weiterzumelden, um einen möglichst zielgerichteten Einsatz bei der Bekämpfung der Pflanzen zu ermöglichen.

2 k) Endgültige Herrichtung der provisorischen Straßen nach den Rohrverlegungsarbeiten 2010/2011 in Atter (Sachstandsbericht)

Das Bürgerforum für Umwelt und Soziales Atter e.V. bittet um die Herrichtung der provisorischen Straßen nach den Rohrverlegungsarbeiten 2010 und 2011 in Atter. Es wird darauf hingewiesen, dass dies im Herbst 2012 erfolgen sollte. Daher wird um einen Sachstandsbericht gebeten.

Herr Fillep erläutert zunächst die Stellungnahme der Verwaltung. Er legt dar, dass für Straßenbaumaßnahmen vorab ein Budget festgelegt werde, welches einzuhalten sei. Aufgrund von Preissteigerungen, die durch konjunkturelle Einflüsse bewirkt worden seien, seien die tatsächlichen Preise von den geschätzten Kosten abgewichen. Deshalb konnten mit dem festgelegten Budget nicht alle vorgesehenen Baumaßnahmen durchgeführt werden. Er erklärt, dass die Festlegung des Budgets auch ein Mittel zur Begrenzung der Ausgaben der Stadt darstelle. Er sagt, dass die Stadt mehr Geld ausbebe, als sie einnehme. Die vielen unterschiedlichen Leistungen der Stadt für ihre Bürger müssten finanziert werden. Er weist darauf hin, dass für den Haushalt insgesamt ein Bedarf allein für Straßenbaumaßnahmen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen angemeldet worden sei, der die von der Kommunalaufsichtsbehörde festgelegte Höchstgrenze für eine Nettoneuverschuldung von höchstens 40 Millionen im Zeitraum von 2010-2013 für den Kernhaushalt deutlich übersteige. Neben Ausgaben für den Straßenbau seien aber auch viele andere Leistungen der Stadt zu finanzieren. Als Beispiele nennt er die Sanierung der Stadthalle, die Sanierung des Stadthauses 1 und den Ausbau der KiTas. Er sagt abschließend, dass die geforderte Maßnahme im Budget für 2014 vorgesehen sei und die Ausführung in der 1. Jahreshälfte 2014 erfolgen solle.

Ein Bürger erklärt, dass seitens der Stadtwerke bereits in einem vorhergehenden Bürgerforum gesagt worden sei, dass die erforderlichen Mittel bereits an die Stadt Osnabrück überwiesen worden seien.

Herr Fillep legt dar, dass die tatsächlichen Preise für die Baumaßnahme höher waren als die dafür ursprünglich veranschlagten Geldmittel. Deshalb hätten die vorgesehenen Geldmittel zu dem Zeitpunkt nicht ausgereicht.

Ein Bürger äußert seine Befürchtung, dass durch ein Aufschieben der Maßnahme Folgeschäden durch Frost im Winter entstehen könnten und dann im nächsten Jahr eine Komplettsanierung der Straße erforderlich werden könnte.

Herr Fillep erklärt, dass nicht genügend Geld zur Verfügung stehe, um alle Maßnahmen gleichzeitig zu erledigen. Deshalb würden der Reihe nach einzelne Teilbereiche ausgebessert.

Herr Raue beschreibt kurz die übliche Vorgehensweise bei der Reparatur von Straßenaufbrüchen. Diese würden in der Regel immer erst provisorisch ausgebessert. Er legt dar, dass diese Lösung nicht optimal sei, allerdings sei es in den vergangenen Jahren zu hohen Preissteigerungen im Bereich des Straßenbaus gekommen. Er erklärt, dass diese Preissteigerungen unter anderem auch mit den Ölpreissteigerungen in Zusammenhang stehen und mit der Qualität der von den Raffinerien gelieferten Restprodukte, die für den Straßenbau notwendig sind. Aus diesen Gründen würden für viele Maßnahmen die ursprünglich veranschlagten Mittel nicht ausreichen.

Frau Mersch erkundigt sich, ob die Verursacher für Straßenbaumaßnahmen für die gesamte Höhe der tatsächlich anfallenden Kosten aufkommen müssen.

Herr Fillep bestätigt dies. Die Kosten würden dann auch in ihrem vollen festgelegten Umfang bei dem Verursacher angefordert werden. Dies liege in dem Verursacherprinzip begründet, welches im vorliegenden Fall Anwendung finde.

Herr Thöle erkundigt sich, warum dann die beschriebenen Preissteigerungen nicht bereits vom Verursacher übernommen worden seien. Er bittet dies zu prüfen.

2 I) Sachstand Kreisel Leyer Straße - Wersener Landstraße - Landwehrstraße

Das Bürgerforum für Umwelt und Soziales Atter e.V. bittet um einen Sachstandsbericht zur geplanten Einrichtung eines Verkehrskreisels an der Kreuzung Leyer Straße, Wersener Landstraße und Landwehrstraße.

Herr Thöle verliest zunächst die Stellungnahme der Verwaltung. Er berichtet, dass die baureife Planung zum Umbau des Knotenpunktes Wersener Landstraße / Landwehrstraße zum Kreisverkehrsplatz derzeit erstellt werde. Durch den erforderlichen Zeitbedarf für die Planung, die Einbeziehung der Ver- und Entsorgungseinrichtungen sowie Ausschreibung und Vergabe, biete sich ein Baubeginn vor der Kälteperiode nicht mehr an. Die Bauarbeiten werden demzufolge in 2014 durchgeführt.

Ein Bürger meldet sich zu Wort. Er sagt zunächst, dass der Bau eines Kreisverkehrs an dieser Stelle sinnvoll sei. Aber er weist darauf hin, dass der Umbau der Kasernenflächen an der Landwehrstraße anstehe, deshalb solle diese Entwicklung bei der Planung des Verkehrskreisels mit einbezogen werden. Es sei zu vermeiden, dass kurz nach Fertigstellung des Kreisverkehrs eine erneute Umbaumaßnahme erfolgen müsse, um die Kasernenfläche an der Landwehrstraße zu erschließen.

Herr Thöle erklärt, dass er davon ausgehe, dass diese Entwicklung mit in die Planungen einbezogen werde. Er bittet darum, diesen Hinweis an die entsprechenden Stellen weiterzuleiten.

Ein Bürger berichtet, dass seinen Informationen nach die ESOS (Energieservice Osnabrück GmbH) in ihren Plänen eine Zuwegung des ehemaligen Kasernengeländes über den Verkehrskreisels vorsehe.

2 m) Sichtbehinderung Düteweg/Einmündung Birkenallee (Rückschnitt des Grüns)

Das Bürgerforum für Umwelt und Soziales Atter e.V. weist darauf hin, dass ein schwerer Unfall zwischen einem Radfahrer und einem Autofahrer am Düteweg an der Einmündung zur Birkenallee aufgrund einer Sichtbehinderung durch die dort vorhandenen Büsche zustande gekommen sei. Es wird ein Rückschnitt der Büsche gefordert.

Herr Raue erläutert zunächst die Stellungnahme der Verwaltung. Diese hat, zusammen mit dem Sachgebiet Verkehr der Polizeiinspektion Osnabrück, den Unfallbericht eingesehen und den Sachverhalt beurteilt. Darüber hinaus hat ein Mitarbeiter des OS-Teams die Situation vor Ort nochmals aufgenommen.

Dabei sei zunächst einmal deutlich geworden, dass die Vorfahrtsregelung „Vorfahrt gewähren“ mit dem Verkehrszeichen 205 eindeutig beschildert sei. Hinzu kommen ein Zusatzschild „Radfahrer kreuzen von rechts und links“ sowie Markierungen des quer verlaufenden Radwegs auf der Fahrbahn des Düteweges. Mit dieser Beschilderung sei zweifelsfrei festgelegt, dass Verkehrsteilnehmer, die den Düteweg in Richtung Birkenallee verlassen wollen, Vorfahrt – auch für querende Radfahrer – achten müssen. Seien dabei die Sichtverhältnisse eingeschränkt, müsse der Verkehrsteilnehmer, der Vorfahrt zu gewähren habe, mit äußerster Vorsicht in den Einmündungsbereich einfahren.

An der Einmündung des Dütewegs in die Birkenallee sind zwar Hecken vorhanden, die die Sicht einschränken; nach rechts ist die Hecke aber direkt in der Einmündung bereits so abgesenkt, dass die Sicht ausreichend ist. Fährt an dieser Stelle ein Kraftfahrzeugführer vorsichtig an die erste Radwegmarkierung heran, ohne bereits auf den Radweg zu fahren, ist in der Regel ausreichende Sicht gegeben.

Bei dem zitierten Unfall war das verursachende Fahrzeug bauartbedingt mit einer starken, sichtbeeinträchtigten A-Säule ausgestattet und ein Gegenstand im Frontscheibenbereich, schränkte die Sicht weiter ein. Möglicherweise hat dieses dazu beigetragen, dass der Fahrer den Radfahrer übersehen hat.

Nach Auskunft der Polizei ist in letzter Zeit kein gleichartiger Unfall an dieser Stelle bekannt geworden, es handelt sich nicht um eine Unfallhäufungsstelle. Maßnahmen zur Sicherung dieser Einmündung sind deshalb nicht erforderlich.

Die Verwaltung hat in diesem Fall auch keine Handhabe dafür, von dem Grundstückseigentümer den weiteren Rückschnitt der Hecke zu fordern, weil sich eine konkrete Gefahrenlage aus der Situation nicht ergibt. Hier ist vielmehr die Aufmerksamkeit des Verkehrsteilnehmers erforderlich, so wie es in der Straßenverkehrsordnung festgelegt worden ist.

Frau Mersch berichtet, dass es zwar keine Unfallhäufungen an dieser Stelle gegeben habe, dafür habe es allerdings viele Beinahe-Unfälle gegeben.

Eine Bürgerin berichtet, dass die Stelle insbesondere für Radfahrer sehr gefährlich sei. Sie fahre aufgrund der gemachten Erfahrungen immer sehr vorsichtig und langsam an diese Stelle heran. Aber auch dies sei nicht ungefährlich. Sie berichtet, dass viele junge Leute nicht die Geduld hätten und oft zu schnell diese Stelle queren würden. Deshalb komme es oft zu gefährlichen Situationen.

Herr Thöle regt an, an den Besitzer des Grundstückes heranzutreten und mit diesem zu erörtern, ob eine Lösung für die vorliegende Situation gefunden werden könne. Zwar sei die Hecke nicht übermäßig hoch, aber gerade für Kinder liege in diesem Bereich noch eine Gefährdung vor.

Frau Mersch fragt, ob es eine gesetzliche Höchstgrenze für Hecken in der Nähe von Kreuzungsbereichen gibt.

Herr Raue entgegnet, dass hier der Fachbereich Bürger und Ordnung am ehesten Auskunft geben könne. Wenn eine Verringerung der Gefährdung jedoch nicht durch eine Verpflichtung des Grundstücksbesitzers zu einem Rückschnitt der Hecke möglich sei, könne erwogen werden, ob die Aufstellung eines Stopp-Schildes an dieser Stelle unter Umständen zielführend sein könnte.

Herr Thöle empfiehlt beide Varianten zu prüfen. Er betont nochmals, dass Grundstückseigentümer oft einsichtig und kompromissbereit seien, wenn sie auf das Vorliegen einer Gefährdung hingewiesen würden.

2 n) Ausbau des Hoch- und Höchstspannungsnetzes - 380 kV - im Stadtgebiet von Osnabrück

Das Bürgerforum für Umwelt und Soziales Atter e.V. bittet um einen Sachstandsbericht über den geplanten Ausbau des Hoch- und Höchstspannungsnetzes in Osnabrück durch die Fa. Amprion.

Herr Fillep zeigt auf einer Karte, auf welcher das Stadtgebiet von Osnabrück sowie die nähere Umgebung zu sehen ist, den voraussichtlichen Verlauf der vorgesehenen Stromtrassen. Anhand dieser Darstellung legt er dar, dass Atter von den im Raum stehenden Entwicklungen kaum betroffen sein wird. Er weist auf einen kürzlich ergangenen Ratsbeschluss hin, durch den die im Rat vertretenen Fraktionen sich einstimmig dazu verpflichten, sich dafür einzusetzen, dass die im Stadtgebiet für den Ausbau vorgesehenen Stromtrassen möglichst unter die Erde verlegt werden.² Er betont, dass dieser Beschluss für die Landesbehörde, die mit dem Ausbau der Stromnetze betraut ist, nicht bindend ist. Allerdings gehe von einem einstimmigen Ratsbeschluss durchaus eine Signalwirkung aus, die nicht einfach ignoriert werden könne. Er stellt abschließend nochmals klar, dass der Rat der Stadt und auch die Stadtverwaltung alles zur Wahrung der Interessen der Bürger unternehmen werde, was im Rahmen ihrer Möglichkeiten sei. Er weist darauf hin, dass vorgesehen sei, dass die Leiter des Projektes dieses in den Bürgerforen vorstellen sollen.

Herr Thöle legt dar, dass die Stadt keine rechtliche Möglichkeit habe, der Landesbehörde Weisungen zu erteilen. Allerdings sei der von Herrn Fillep erwähnte Ratsbeschluss einstimmig gefasst worden. Dies sei zwar nicht bindend für die Entscheidungsträger des Projektes, allerdings habe es sicher Folgen und werde nicht unbeachtet bleiben. Er betont, dass die Diskussion zu dieser Thematik sehr kompliziert sei. Auch eine Verlegung der Stromtrassen ins Erdreich sei kein Allheilmittel. Die in der Diskussion stehenden magnetischen Felder seien auch bei einer Verlegung der Kabel unter die Erde noch vorhanden. Allerdings seien sie dann nicht mehr sichtbar. Er betont abschließend, dass er die Verlegung der Verkabelung unter die Erde unterstütze.

Herr Fillep unterstützt diese Äußerung. Er erklärt, dass es zurzeit rege Diskussionen zu dem Thema gebe. Diese Diskussionen seien aufgrund der unterschiedlichen Interessenlagen aber auch aufgrund der teils komplexen technischen Details nicht einfach. Er erläutert, dass Deutschland sehr dicht besiedelt sei. Deshalb seien von dem vorgesehenen Netzausbau auch sehr viele Menschen betroffen. Vielerorts werde eine Erdverkabelung gefordert. Dies sei verständlich, aber auch die Verlegung der Verkabelung unter die Erde sei für die Umwelt und auch für die Menschen nicht unproblematisch.

Eine Bürgerin weist darauf hin, dass in der Berichterstattung in den Medien vermehrt darüber berichtet werde, dass sich Investoren aus den geplanten Windparks in Nord- und Ostsee zurückziehen würden. Diese seien aufgrund unerwarteter technischer Schwierigkeiten zum Teil nicht mehr rentabel. Sie fragt deshalb, ob der Ausbau der Stromtrassen in dem vorgese-

² Anmerkung zum Protokoll: Beschlossen in der Ratssitzung am 10.09.2013 unter den Tagesordnungspunkten 6.3 und 6.5

nenen Umfang überhaupt nötig sei. Sie warnt davor, Luftschlösser zu bauen, die sich im Nachhinein unter Umständen als unnötig herausstellen würden.

Herr Fillep sagt, dass die Frage gut und berechtigt sei. Er rät, diese Frage den Verantwortlichen der Fa. Amprion zu stellen, welche ihre Planungen demnächst in den Bürgerforen vorstellen werden.

Eine Bürgerin erkundigt sich, ob es nicht möglich sei, dass die Stadt Osnabrück den Strom selbst herstelle. Als positives Beispiel nennt sie die Stadt Paderborn. In diesem Zusammenhang sei auch eine Kooperation mit dem Landkreis Osnabrück sinnvoll.

Herr Thöle weist darauf hin, dass es im Stadtgebiet bereits jetzt einige Projekte gibt. Als Beispiel nennt er die Windräder auf dem Piesberg in Pye. Er macht allerdings deutlich, dass der dortige Einsatz von Windrädern nicht unumstritten sei. Der durch den Betrieb der Anlagen verursachte Geräuschlärm habe wiederholt zu Beschwerden seitens der Anwohner geführt. Mittlerweile sei der Betrieb der Anlagen nachts eingeschränkt. Dadurch werde der Lärm nachts reduziert, allerdings könnten die Windräder nun nicht mehr 100 % ihrer potenziellen Leistung einbringen.

Herr Fillep berichtet, dass die Stadt Osnabrück und in diesem Zusammenhang insbesondere die städtischen Stadtwerke, bereits viele Maßnahmen in Richtung einer eigenständigen Stromversorgung durchführen. Er weist darauf hin, dass derzeit etwa 50 Ausschreibungen für Windparks im Landkreis im Raum stehen. Somit solle in den kommenden Jahren der Bau von etwa 50 bis 70 Windrädern im Landkreis realisiert werden.

3. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 3)

Seitens des Fachbereiches Städtebau gibt es keine aktuellen Planungen.

4. Anregungen und Wünsche (TOP 4)

4 a) Durchgängigkeit des Weges Storkesbreite

Herr Thorwesten spricht den Weg Storkesbreite an, an dem man bislang durchgängig entlanglaufen konnte. Nun sei dort ein Schild „Betreten verboten“ aufgestellt worden. Er fragt, ob es ein Wegerecht für die Stadt Osnabrück bzw. für die Öffentlichkeit gibt.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Es gibt durch die Stadt Osnabrück keine Nutzungsvereinbarung mit den Eigentümern über die Nutzung der Straße / des Weges.

→ siehe auch Sitzungen des Bürgerforums Stadtteil Atter am 28.10.2009 (TOP 2e: Errichtung eines Fuß-/Radweges zwischen Atterfeld und Atterheide) sowie am 21.09.2010 (TOP 2h: Möglichkeiten der Überquerung der Düte in Höhe Preußenweg für Radfahrer und Fußgänger). In diesem Zusammenhang fanden bereits Gespräche der Stadt Osnabrück mit den Eigentümern statt, die allerdings nicht erfolgreich waren.

4 b) Ausbringen von Gülle

Eine Bürgerin spricht das Ausbringen von Gülle auf Feldern an. Sie habe beobachtet, dass Lachen auf einigen Feldern unterhalb von Gut Leye standen. Weiterhin wird gefragt, wo man Verstöße melden kann, z. B. wenn bei Frost Gülle ausgebracht wird.

Herr Raue erläutert, dass dieses Thema auch im Zusammenhang mit dem Betrieb von Biogasanlagen gesehen werden müsse, da von dort aus flüssige Gärreste zusätzlich zur Gülle

ausgebracht werden. Zurzeit werde an einer Novellierung der Gülle-Verordnung gearbeitet. Der zulässige Zeitraum zum Ausbringen solle weiter eingegrenzt werden auf die Vegetationsperiode März bis August. Dann müssten aber zusätzliche Lagerkapazitäten für die Gülle geschaffen werden. Es handele sich bei diesem Thema um eine komplexe und problematische Materie. Ausbringen von Gülle bei Frost ist verboten.

Herr Fillep berichtet, dass die Zuständigkeit beim Niedersächsischen Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bzw. bei der Landwirtschaftskammer Niedersachsen liegt (Bezirksstelle Osnabrück: Am Schölerberg 7, Telefon 0541/56008-0). Bei Verstößen mache sich ein Landwirt nicht nur strafbar, sondern müsse auch mit der Kürzung von Subventionen rechnen. Gerade in Niedersachsen sei dieses Thema aufgrund der vielen Großmast- und Massentierhaltungsbetriebe ein großes Problem. Das erzeugte Gülleaufkommen sei etwa 3- bis 5-mal höher als das, was man auf den hiesigen Flächen wieder ausbringen könne. Dennoch werde in Niedersachsen zusätzlich mineralischer Dünger importiert, obwohl es aufgrund des hohen Gülleaufkommens gar nicht erforderlich wäre.

4 c) Containerplatz Birkenallee

Ein Bürger spricht den Containerplatz an der Birkenallee an (siehe TOP 1d). Er berichtet, dass bei der Ausfahrt in Richtung Ortskern die Glas- und Altkleidercontainer die Sicht in den Straßenraum versperren. Er bittet den Osnabrücker ServiceBetrieb, sich vor Ort die Situation anzuschauen. Wenn die Altkleidercontainer hinter den Glascontainer stehen würden, hätte man eine bessere Sicht auf den Straßenverkehr.

4 d) Verkehrskonzept Rubbenbruchsee

Ein Bürger spricht die Parksituation am Rubbenbruchsee an und fragt, ob das Konzept, das sich in der Beratung befindet (siehe TOP 1c), auch der Öffentlichkeit vorgestellt werden kann.

Herr Thöle regt hierzu an, die im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt vertretenen Ratsmitglieder anzusprechen und weist darauf hin, dass sich die Fraktionen noch mit dem Konzept beschäftigen werden, bevor eine erneute Beratung im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt stattfinden wird.

4 e) Zuwegung zum Kinderspielplatz Atter-Ortskern

Ein Bürger spricht die Zuwegung zum Kinderspielplatz im Ortskern an. Da vor dem Kinderspielplatz eine Häuserzeile errichtet wurde, müssten Kinder aus der Siedlung außen herum (über die Leyer Straße) laufen, um zum Spielplatz zu gelangen. Weiterhin weist er darauf hin, dass am Wendehammer, der am Fußweg gebaut wurde, noch ein alter Zaun steht. Ansonsten könnten die Kinder dort durchgehen, ohne Umwege über die Leyer Straße machen zu müssen. Er fragt, warum eine solche Planung erfolgte bzw. ob welche Begründung es dafür gibt.

Anmerkung der Verwaltung zum Protokoll:

Am städtischen Kinderspielplatz Bramkamp sind keine entsprechenden Probleme ersichtlich. Dies wurde bei einem Ortstermin am 26.09.2013 festgestellt.

An der Leyer Straße werden in der städtischen Kindertagesstätte umfangreiche An- und Umbauarbeiten zur Erweiterung des Angebots sowie eine Neugestaltung der Außenanlagen und eine Verlegung der Zuwegung durchgeführt. Dieser Spielplatz ist nicht öffentlich.

4 f) Erneuerung der Straßenbeleuchtung

Ein Bürger spricht nochmals die Erneuerung der Straßenbeleuchtung im Ortskern Atter an. Auch die Frage der Kostenbeteiligung sei nicht nachvollziehbar. Anwohner am Sommerkamp hätten ein entsprechendes Anschreiben der Stadt erhalten, die Anwohner der anderen Straßen, in denen die Beleuchtung auch erneuert wurde (z. B. Hangstraße, Rottbreite), aber nicht.

Eine Bürgerin teilt mit, dass die neue Beleuchtung weniger hell sei und manche Anwohner abends, wenn es dunkel ist, nur noch ungern aus dem Hause gingen.

Herr Thöle teilt mit, dass die Stadtwerke Osnabrück im nächsten Durchgang der Osnabrücker Bürgerforen zu diesem Thema informieren werden.

Herr Thöle dankt den Besucherinnen und Besuchern des Bürgerforums Stadtteil Atter für die rege Beteiligung und den Vertretern der Verwaltung für die Berichterstattung.

gez. Hoffmann
Protokollführerin

Anlage
- Bericht aus der letzten Sitzung (zu TOP 1)

Bericht aus der letzten Sitzung

für das Bürgerforum Stadtteil Atter am Mittwoch, 18.09.2013

a) **Spielplatzkonzept der Kinder und Jugendlichen für die Fläche am Holtkämpers Weg (ehemals Kinderspielplatz)**

(TOP 2d der letzten Sitzung am 12.03.2013 bzw. TOP 2f der Sitzung am 04.09.2012)

In der letzten Sitzung war darum gebeten worden, das von Kindern und Jugendlichen erstellte Konzept zum Ausbau der Grünfläche zu einer Bolzfläche an den Jugendhilfeausschuss weiterzuleiten.

Der Jugendhilfeausschuss hat in der Sitzung am 24.04.2013 ausführlich über dieses Thema beraten und einen Beschluss gefasst. Ein Protokollauszug ist als Anlage beigelegt.

b) **Sachstandbericht ehemaliges Kasernengelände Atter** (TOP 2a der letzten Sitzung)

Inzwischen haben die Stadt Osnabrück und die ESOS (Energieservice Osnabrück GmbH) das Areal jeweils zur Hälfte von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben erworben. Der städtebauliche Ideenwettbewerb ist angelaufen. Hierzu hat am 04.06.2013 bereits ein 1. Bürgerkolloquium stattgefunden.

In einem 2. Bürgerkolloquium am Dienstag, 05.11.2013, werden die Wettbewerbsbeiträge interessierten Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt. Zu dieser Veranstaltung, die im ehemaligen Kasino der Kaserne an der Landwehrstraße von 19.00 - 20.45 Uhr stattfinden soll, wird herzlich eingeladen.

c) **Gesamtkonzept zur Parksituation am Rubbenbruchsee**

(TOP 1e der letzten Sitzung bzw. TOP 2a der Sitzung am 04.09.2012)

In der Sitzung des Bürgerforums Atter war gefordert worden, ein Entwicklungskonzept für den Ortsteil und den Rubbenbruchsee als Ziel für Naherholung zu erstellen. Besonders bei den Parkplätzen sollten die Lasten um den See verteilt werden, um so kurze Anfahrtswege für alle Bürger zu schaffen.

Hierzu wird folgender Zwischenstand mitgeteilt:

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt wurde in seiner Sitzung am 06.06.2013 ein Konzept zur verkehrlichen Erschließung des Naherholungsgebietes um den Rubbenbruchsee vorgestellt. Der Ausschuss hat aber noch keinen Beschluss gefasst, da noch Beratungsbedarf besteht.

d) **Einrichtung einer Tempo-30-Zone mit Zebrastreifen in der Birkenallee**

(TOP 2h der letzten Sitzung)

► Dieser Tagesordnungspunkt wurde für diese Sitzung erneut angemeldet (siehe TOP 2h). In der Sitzung wird über den aktuellen Sachstand informiert.

Unter diesem Tagesordnungspunkt wurde weiterhin der Standort des Glascontainers bemängelt.

Die Verwaltung hierzu mit: Aufgrund der Schließung des Schlecker-Marktes mussten die dortigen Altglascontainer abgezogen werden. Die dortigen Baumaßnahmen erlaubten auch keine kurzfristige Abstimmung eines neuen Standortes.

Der Osnabrücker ServiceBetrieb nimmt gerne Hinweise aus der Bürgerschaft auf, an welchem Standort in diesem Bereich Altglascontainer aufgestellt werden könnten. Die Vorschläge werden geprüft und mit dem Auftragnehmer der Dualen Systeme abgestimmt.

Der Standort für Altglascontainer am Gartenabfallplatz Birkenallee ist schon länger existent. Ein Umstellen der Container vor die Einfahrt des Platzes ist ggf. möglich, um so das Anhalten vor den Containern zu erleichtern.

► Der Tagesordnungspunkt

Verhinderung des Durchfahrverkehrs in der Straße Gut Leye (TOP 2b der letzten Sitzung) wurde ebenfalls für diese Sitzung neu angemeldet (siehe TOP 2g)

ANLAGE zu TOP 1a):

**Ratsinformationssystem der Stadt Osnabrück - www.osnabrueck.de/ris
Auszug - Beschlüsse des Beirates für Kinderinteressen 11-2012 und 2-2013**

Sitzung: SI/2013/375 Sitzung des Jugendhilfeausschusses (9)

TOP: Ö 7.2

Gremium: Jugendhilfeausschuss

Beschlussart: zur Kenntnis genommen

Datum: Mi, 24.04.2013

Status: öffentlich/nichtöffentlich

Zeit: 17:00 - 19:25

Anlass: Sitzung

Raum: Rathaus, Ratssitzungssaal

Ort: Markt, Osnabrück (Achtung! Vorübergehend nicht rollstuhlgerecht zu erreichen; Hilfestellung kann unter Tel. 323-2155 bis 2 Tage vor der Sitzung angefordert werden)

Vorlage: VO/2013/2514 Beschlüsse des Beirates für Kinderinteressen 11-2012 und 2-2013

Beratungsverlauf:

Zu Nr. 2:

Herr Sommer begrüßt die Vertreterinnen und Vertreter der Initiative aus Atter, die für die Wiederherstellung des zurückgebauten Spielplatzes am Holtkämpers Weg eintritt, und Frau Niemeyer vom Osnabrücker ServiceBetrieb.

Die Sitzung wird von 17:07 bis 17:10 Uhr unterbrochen. Mara Janssen und Juliane Janzen tragen aus Sicht der vor Ort betroffenen Kinder ihr Anliegen und ihre Wünsche für die Gestaltung der Fläche vor und übergeben dem Ausschuss 109 Unterschriften von Kindern und Jugendlichen, die sich für eine Wiederherstellung der Fläche aussprechen.

Herr Sommer berichtet ergänzend über die Diskussion, die zu dem Thema im Beirat für Kinderinteressen geführt wurde.

Frau Niemeyer erklärt, dass eine Nutzung und bauliche Herrichtung als Bolzplatz anderen Anforderungen ausgesetzt ist als eine Ausstattung mit Spielgeräten. Für die Einrichtung eines Bolzplatzes wäre eine Änderung des Bebauungsplanes erforderlich, zu dem auch ein Lärmschutzgutachten erstellt werden müsste. Die örtlichen Gegebenheiten geben eine Gestaltung als Bolzplatz nicht her.

Frau Böhne bittet um eine kindgerechtere Darstellung der Problematik.

Herr Sommer berichtet zum besseren Verständnis für die Gäste kurz über die Entwicklung des Spielplatzkonzeptes und über den Beschluss des Rates, unter welchen Gegebenheiten in Osnabrück Spielplätze vorgehalten werden. Er berichtet ergänzend, dass der Kompromissvorschlag, der den Anwohnerinnen und Anwohnern gemacht wurde, mobile Tore aufzustellen, diesen nicht ausreicht.

Frau Westermann sieht ein rechtliches Problem darin, wenn man in Richtung Bolzplatz planen würde. Sie erklärt, dass sich die CDU dafür ausspricht, die Situation - wie vorgeschlagen (Bereitstellung von mobilen Toren) - zu belassen. Das Spielplatzkonzept soll nicht geändert werden.

Auf Anfrage von Frau Böhne bestätigt Frau Rzycki, dass die Initiative ein kindgerechtes Antwortschreiben als Reaktion erhalten wird.

Die Sitzung wird erneut unterbrochen (von 17:20 Uhr bis 17:24 Uhr) und Mara Janssen und Juliane Janzen formulieren noch einmal ihre Wünsche für die Gestaltung der Fläche. Sie wünschen sich einen Tisch, eine Bank, Mülleimer und Spielgeräte, so zum Beispiel eine Tischtennisplatte, um den Aufenthalt abwechslungsreicher gestalten zu können.

Herr Weisleder merkt an, dass es gute Möglichkeiten gibt, mobile Spielgeräte aufzubauen, die allerdings auf einer öffentlichen Grünfläche, wie in diesem Fall in Atter, nach dem Spielen abgebaut und gelagert werden müssten. Das sollte geprüft und organisiert werden.

Herr Sommer ermuntert die Kinder abschließend, sich weiter für ihre Interessen einzusetzen, äußert sich anerkennend für ihren Mut, vor dem Ausschuss zu sprechen und bedankt sich für ihren Einsatz.

Beschluss:

Zu Nr. 2:

Das von den Kindern aus Atterfeld eingereichte Konzept zur Wiederherstellung des Spielplatzes als Spielbolzfläche am Holtkämpers Weg wird nicht an die am Spielplatzkonzept beteiligten Ausschüsse weitergeleitet. Der Jugendhilfeausschuss hält an dem vom Rat beschlossenen Spielplatzkonzept fest.